



POSITIONEN

POS

17 | 2010

Karl-Theodor Freiherr zu Guttenberg

Die Idee vom Staats-  
bürger in Uniform

LEHREN AUS DEM 20. JULI 1944

[www.kas.de](http://www.kas.de)

ISBN 978-3-941904-75-0



Konrad  
Adenauer  
Stiftung

*Rede des Bundesministers der Verteidigung,  
Dr. Karl-Theodor Freiherr zu Guttenberg, anlässlich der  
Veranstaltung der Konrad-Adenauer-Stiftung „20. Juli 1944:  
Vermächtnis und Zukunftsauftrag“ am 6. Juli 2010 im  
Grand Hotel Esplanade, Berlin*

## INHALT

5 | VORWORT

7 | DIE IDEE VOM STAATSBÜRGER IN UNIFORM  
LEHREN AUS DEM 20. JULI 1944  
*Karl-Theodor Freiherr zu Guttenberg*

21 | DER REDNER

21 | ANSPRECHPARTNER IN DER  
KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG

*Das Werk ist in allen seinen Teilen urheberrechtlich geschützt.  
Jede Verwertung ist ohne Zustimmung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.  
unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen,  
Mikroverfilmungen und die Einspeicherung in und Verarbeitung durch  
elektronische Systeme.*

© 2010, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Sankt Augustin/Berlin

Fotos: © Henning Lüders, Berlin.

Gestaltung: SWITSCH Kommunikationsdesign, Köln.

Printed in Germany.

Gedruckt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.

ISBN 978-3-941904-75-0

## VORWORT

Die Offiziere des 20. Juli 1944 geben ein Beispiel für Soldaten der Bundeswehr, weil sie unter Lebensgefahr eine Gewissensentscheidung für die Wiederherstellung des Rechts trafen. Ihnen ging es um die Würde des Menschen, die Beendigung des Krieges und die Erhaltung Deutschlands.

Ihr Beispiel zeigt die Grenzen der Gehorsamspflicht auf. Sie sind Vorbilder, weil sie ihr Gewissen über den vom Unrechtsstaat geforderten Gehorsam stellten. Der 20. Juli 1944 steht daher ganz im Zeichen der Traditionspflege der Bundeswehr, die sich neben ihrer eigenen Tradition und der der preußischen Reformen insbesondere den Widerstand gegenüber dem NS-Regime auf ihre Fahnen geschrieben hat.

Die Soldaten der Bundeswehr sind Staatsbürger in Uniform. Damit ist die immer wieder zu findende Unterscheidung zwischen ziviler und militärischer Courage zumindest für sie gegenstandslos. Auf der Basis des geleisteten Eids bzw. Gelöbnisses verpflichten sie sich, der Bundesrepublik Deutschland treu zu dienen und das Recht und die Freiheit des Deutschen Volkes tapfer zu verteidigen. Dabei sind sie in ihrem Handeln an die Rechtsnormen der Bundesrepublik Deutschland gebunden. Die Ziele und Grundsätze der Inneren Führung bilden die integrale und bestimmende Richtlinie des Handelns. Vom Soldaten wird Tapferkeit gefordert. Diese Forderung bezieht sich jedoch keineswegs nur auf die Tapferkeit im Krieg oder im Einsatz, sondern sie ist allgemein zu verstehen. Das unvermissverständliche Eintreten für die verbindlichen Werte-, Normen- und Rechtsordnung unseres Landes schließt die höchstmögliche Forderung – den Einsatz des Lebens zur Erfüllung des Auftrages – ein.



*Dr. Karl-Theodor Freiherr zu Guttenberg MdB (l.), Bundesminister der Verteidigung, und Dr. Hans-Gert Pöttering MdEP, Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. und Präsident des Europäischen Parlamentes a.D., am 6. Juli 2010 im Grand Hotel Esplanade, Berlin.*

Der Bundesminister der Verteidigung, Dr. Karl-Theodor Freiherr zu Guttenberg, hat am 6. Juli 2010 im Rahmen der Reihe „Forum 20. Juli 1944“ an den Mut und die Entschlossenheit der Widerstandskämpfer des 20. Juli 1944 erinnert. Die vorliegende Broschüre, die für den Einsatz in der politischen Bildung vorgesehen ist, gibt seine Rede wieder.

Berlin, im August 2010

*Christian Schleicher*

*Stellv. Leiter der Akademie der Konrad-Adenauer-Stiftung in Berlin*

## DIE IDEE VOM STAATSBÜRGER IN UNIFORM

LEHREN AUS DEM 20. JULI 1944

*Karl-Theodor Freiherr zu Guttenberg*

Herr Vorsitzender,  
lieber Professor Pöttering,  
meine Damen und Herren!

Ich danke Ihnen sehr für diese so ehrenvolle Einladung, die ich gerne und mit Freuden angenommen habe.

Ereignisse, zumal solche von großer Tragweite, hinterlassen Spuren, oftmals zunächst verborgen. In der Gegenwart stößt man gelegentlich auf diese Spuren der Geschichte, auch dort, wo man sie kaum erwarten würde. Zum Beispiel, hier im Grand Hotel Esplanade.

Auch wenn es nicht allen bewusst ist: Es gibt eine Verbindung zwischen dem 20. Juli 1944 und dem ursprünglichen Hotel Esplanade am Potsdamer Platz, das nach seiner Zerstörung im Zweiten Weltkrieg heute in Teilen wieder aufgebaut ist.

Es war eben jenes alte Hotel Esplanade, in dem sich einige Verschwörer des 20. Juli vor dem Attentat mehrere Male trafen. Und dort warteten sie auch den Ausgang des Staats-



streichs ab, den Claus Schenk Graf von Stauffenberg am Nachmittag des 20. Juli von der benachbarten Bendlerstraße aus zu koordinieren versuchte. Wir alle wissen: Das Attentat schlug fehl, der Staatsstreich scheiterte. Viele meinen, die persönliche Dramatik ermessen, wenn nicht sogar fühlen zu können – allzu oft mit einem Hauch der Erkenntnisüberschätzung. Noch in der Nacht zum 21. Juli wurden Claus Graf von Stauffenberg ebenso wie General Friedrich Olbricht, Oberst Albrecht Ritter Mertz von Quirnheim, und Oberleutnant Werner von Haeften im Innenhof des Bendlerblocks erschossen. Generaloberst Ludwig Beck sollte sich das Leben nehmen.

Wer waren diese Menschen, die ihr eigenes Leben dafür aufs Spiel setzten, ihre Lieben der Verfolgung und Erschütterung aussetzten? Weshalb erinnern wir uns heute noch immer wieder und mit weiter gebotener Intensität an sie?

Wirft man einen Blick auf die Biographien jener Männer und Frauen, die mit dem 20. Juli in Verbindung stehen, fällt zunächst einmal die Heterogenität der daran beteiligten Gruppen auf.

Es waren unter anderem Offiziere der Wehrmacht, Diplomaten, Regierungsangestellte, Politiker, Kirchenführer, Gewerkschafter – um nur einige von ihnen zu nennen. Sie alle haben ihren Einsatz gegen den Hitlerstaat mit ihrem Leben bezahlt.

Es waren Rechte, es waren Linke, ältere Honoratioren und Jüngere, wie etwa die Mitglieder des sogenannten Kreisauer Kreises. Einzelne gingen schon früh in Opposition zum NS-Regime, andere entschlossen sich erst kurz vor dem Attentat dazu.

In der Breite des letztlich schmalen Widerstandes erwuchs kein ausgefeiltes Programm, aber viele gemeinsame Überlegungen. Es war ein Ringen um den „Staat der Zukunft“, wie Ulrich von Hassell, der außenpolitische Kopf, einmal eine Aufzeichnung benannt hat, und sie waren verbunden durch das gemeinsame Ziel, das Hasso von Etdorf, der Ver-

bindungsmann des Auswärtigen Amtes bei General Halder, einmal so prägnant wie klar auf den Punkt gebracht hatte: „Der Kerl muss weg“. Dies war das Ausschlaggebende.

Über die persönlichen Ziele und Absichten, die letztlich hinter ihrer Haltung standen, ist immer wieder diskutiert worden, auch vom höheren moralischen Gelände aus und mit ausgestrecktem Zeigefinger. Die Männer und Frauen des 20. Juli waren einig in der Bereitschaft, für die eigenen Überzeugungen einzutreten, selbst wenn das eigene Leben dadurch in Gefahr geriet. Gibt es etwas Höheres, als sein eigenes Leben einzusetzen? Sie waren entschlossen, und sie waren in letzter Konsequenz furchtlos. Unsere eigenen individuellen Grenzen hoffentlich richtig einschätzend, können wir uns in unserer parlamentarischen Demokratie gar nicht genug von dieser Entschlossenheit und Furchtlosigkeit wünschen. Was eigentlich sind wir bereit, aufs Spiel zu setzen?

Die Klarheit und Unbedingtheit von Henning von Tresckow unmittelbar vor dem 20. Juli scheint unerreichbar. Ich zitiere: „Der sittliche Wert eines Menschen beginnt erst dort, wo er bereit ist, für seine Überzeugung sein Leben zu geben“.

Die Männer und Frauen des 20. Juli folgten ihrem Gewissen, und der Ruf des Gewissens war eindeutig. Die Bezeichnung, die Rede vom „Aufstand des Gewissens“, den eine Wanderausstellung des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes in den 1980er Jahren in die Diskussion gebracht hat, ist nach wie vor gültig. Und deshalb sind für mich die Männer und Frauen vom 20. Juli auch Vorbilder für heute.

Ich habe vor Jahresfrist zum Thema „Vorbild“ in Plötzensee folgendes sagen dürfen, und ich darf darauf noch einmal Bezug nehmen:

„Tatsächliche Vorbilder für verantwortungsvolles Handeln entspringen jedoch nicht der Erkenntnis von Übermenschlichkeit, sondern im Ergebnis ist es gerade das Menschliche, was die Taten groß und auch heldenhaft erscheinen lässt. Und es wäre ein Ausweis der Armseligkeit, wenn der moralisierende Maßstab des Übermenschlichen, angelegt von allzu menschlichen Vertretern, das Land seiner Vorbilder berauben würde.“

Begriffe wie Mut und Tapferkeit mögen manchem altmodisch, verstaubt und pathetisch erscheinen. Es ändert nichts daran, dass wir ihrer heute bedürfen wie eh und je, in mancherlei Hinsicht vielleicht sogar manchmal mehr denn je. Zeugnis ablegen und handeln, dies ist ein zeitloses Gebot, meine Damen und Herren.

Die Männer und Frauen vom 20. Juli 1944 haben es uns vorgelebt und bleiben auch dem zu Folge Vorbilder für die Bundeswehr. Das mag heute unbestritten sein, war aber in der Geschichte der Bundeswehr nicht immer so. Waren die Männer des 20. Juli nicht doch Verräter, waren sie gar Reaktionäre? So oder anders wurde immer wieder in den Anfangsjahren gefragt.

Die Bundeswehr hat sich sehr früh dieser Diskussion gestellt. Ich erinnere an den Tagesbefehl des ersten Generalinspektors, General Heusinger, vom 20. Juli 1959. Heusinger, der am 20. Juli beim Lagevortrag in der Baracke der Wolfsschanze war, als die Bombe explodierte, hat damals die Tat des 20. Juli als „Lichtpunkt in der dunkelsten Zeit Deutschlands“ bezeichnet.

Und weiter: „Wir Soldaten der Bundeswehr stehen in Ehrfurcht vor dem Opfer jener Männer, deren Gewissen durch ihr Wissen aufgerufen war. Sie sind die vornehmsten Zeugen gegen die Kollektivschuld des deutschen Volkes. Ihr Geist und ihre Haltung sind uns Vorbild.“ Klarer kann man es kaum sagen.

Ich darf im weiteren Kontext an die Benennung der Sigmaringer Kaserne nach Oberst Stauffenberg schon im Jahr 1961 erinnern. Ich betone: „schon“ im Jahre 1961, auch wenn manche sagen, „erst“ im Jahre 1961.

Meine Damen und Herren, das Verhältnis der neugegründeten Bundesrepublik zum Militärischen war, wie könnte es bei unserer Geschichte anders sein, von Anfang an alles andere als wirklich einfach.

Die Bundeswehr folgte erst sechs Jahre nach Gründung der Bundesrepublik im Jahr 1955. Leidenschaftliche Debatten waren ihr vorausgegangen – eine Leidenschaft, die manchem notwendigen Diskurs heute gut täte. Und es war ja auch nicht von Streitkräften die Rede, sondern – eine eher verschämte Bezeichnung – vom „Wehrbeitrag“.



*Dr. Karl-Theodor Freiherr zu Guttenbergs Familie war selber in vielfältiger Weise im Widerstand aktiv.*

Die Bundeswehr ist seitdem – im Guten wie im weniger Guten – ein Spiegel dieser unserer Demokratie. Die großen gesellschaftlichen Debatten spiegeln sich deshalb auch in ihrer Geschichte wider. Das Bekenntnis zur Demokratie, die Bindung an die Ordnung des Grundgesetzes, auch die parlamentarische Kontrolle – die Einrichtung eines Ombudsmanns, des „Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages“ – all dies gehört zu den großen „Grund-Werten“ unserer Streitkräfte, auf die wir mit Recht sehr stolz sein können und um die wir im Ausland bisweilen auch beneidet werden.

Das Konzept der Inneren Führung hat maßgeblich dazu beigetragen, den Dienst in den Streitkräften an die Normen und Werte des Grundgesetzes zu binden. Und es war gewiss ein Glücksfall, dass zu den Männern der ersten Stunde der Bundeswehr eben jene zählten – Ulrich de Maizière, Hans Speidel oder Johann Adolf Graf Kielmansegg –, von denen man sagen darf, es waren wirkliche Charaktere, die aufgrund ihrer Erfahrungen und aufgrund des eigenen Erlebens im Dritten Reich für das Bekenntnis zu Streitkräften in der Demokratie einstanden und die zugleich eben das Erbe des 20. Juli auch hoch zu halten verstanden.

So banal es in der manchmal sehr gepflegten Ad-hoc-Situation von heute klingen mag, in der wir uns gelegentlich in einer gewissen Selbstgenügsamkeit befinden: Die Pflege von Traditionen schafft Identität, und sie geben unseren Soldatinnen und Soldaten auch entsprechenden Halt. Dies ist ein Erbe.

Gerade in Streitkräften, die zunehmend im Einsatz gefordert sind, ist Tradition, nicht unreflektierte Nostalgie, von ungemeiner Bedeutung. Soldatisches Handeln braucht Bezugspunkte, die Orientierung schaffen. Bei unseren Partnern in Frankreich oder Großbritannien ist diese Orientierung an Persönlichkeiten und Begebenheiten der älteren Militärgeschichte eine Selbstverständlichkeit.

In Deutschland ist die Lage gewiss komplizierter: Ein Unrechtsregime kann und darf keine Tradition begründen. Der Traditionserlass von 1982 bringt auf den Punkt, was das Prinzip der Inneren Führung für das Traditionsverständnis und die Traditionspflege der Bundeswehr heißen muss: „Maßstab für Traditionsverständnis und Traditionspflege in der Bundeswehr sind das Grundgesetz und die der Bundeswehr übertragenen Aufgaben und Pflichten.“

Mit diesem Orientierungsrahmen können auch wir mit gutem Gewissen auch auf ältere deutsche und preußische Militärgeschichte blicken und da und dort, nach sorgfältiger Prüfung, die immer in besonderer Weise abgefordert wird – zu Recht –, Traditionswürdiges für die Bundeswehr von heute entdecken.

Wenn wir den Widerstand gegen Hitler dabei als Ausgangspunkt wählen, so stellen wir fest, dass sich die Offiziere gegen Hitler auch ihrerseits an älteren Vorbildern orientierten. Die großen Freiheitskämpfer Scharnhorst und Gneisenau gehören genauso dazu wie von der Marwitz oder die Heerführer Friedrichs des Großen und Maria Theresias, gegebenenfalls mit allen allzu menschlichen Schwächen und Stärken. Auch die soldatischen Tugenden wie das Eintreten für Staat und Volk, für Freiheit und Recht, können mit Fug und Recht als Teil unserer Tradition verstanden werden.

Die veränderte Einsatzrealität und der zunehmend größere Anteil von Soldaten mit Einsatzerfahrung werden die Betonung dieser Traditionen eher weiter fördern denn abschwächen. Ich bin davon fest überzeugt.

Auch damit geht die Bundeswehr des Jahres 2010 einen weiteren Schritt voran und entwickelt sich nicht atavistisch in irgendeiner Form. Noch in den 1970er und 1980er Jahren wurden militärische Tugenden häufig verpönt und, in ihrer mildesten Beschimpfung, als „Sekundärtugenden“ herabgewürdigt. Verunsicherung, auch Zaghaftheit und Selbstzweifel, zählen zu den wiederkehrenden Begleitern auch der Diskussionen innerhalb der Bundeswehr. Heute, da sich die Bundeswehr zu einer „Armee im Einsatz“ entwickelt, wird auch in der Öffentlichkeit begonnen, die Besonderheit soldatischen Dienens – den Einsatz des eigenen Lebens im Kampf – bewusster wahrzunehmen. Und es schadet nicht, wenn wir durch Sichtbarkeit und ein vernehmbares Bekenntnis diesen Prozess auch unterstützen.

Wir haben in der Bundeswehr von Anfang an Wert darauf gelegt, die Konzeption des Staatsbürgers in Uniform mit Leben zu erfüllen. Und das heißt für mich, die eigene Herangehensweise, das eigene Handeln in den größeren Zusammenhang einzuordnen und eben auch die gesamte deutsche Geschichte mit in den Blick zu nehmen.

Staatsbürger in Uniform – das heißt, dass der Rekrut mit dem Eintritt in die Bundeswehr nicht sein staatsbürgerliches Denken ablegt, sondern er im Gegenteil den Dienst in den Streitkräften als Teil unseres Lebens in der Demokratie begreift. Das Soldatengesetz stellt in Paragraph 6 ausdrücklich fest: „Der Soldat ...“ – das mag manche überraschen, „... hat die gleichen staatsbürgerlichen Rechte wie jeder andere Staatsbürger.“

Wie trivial das klingt, und welche Diskussionen das zum Teil weiterhin auszulösen weiß!

Und Soldaten, gerade Soldaten, haben in der Vergangenheit immer wieder mit bemerkenswerten Initiativen wertvollste Denkanstöße auch für politische Diskussionen gegeben.

Ein Beispiel aus den letzten Tagen: Am 5. Juli wurde im Bundespresseamt eine Ausstellung zum Thema „Warum Soldaten?“ eröffnet – aus vollkommener Eigeninitiative einer Gruppe von jungen Offizieren und Offiziersanwärtern der Helmut-Schmidt-Universität/Universität der Bundeswehr in Hamburg. Ziel dieses Projektes war es, Impulse zu geben für die heute so wichtige gesellschaftliche Auseinandersetzung mit

- dem Soldaten und seinem Beruf – respektive seiner Berufung – heute,
- dem inneren Selbstverständnis der Bundeswehr,
- der Aufgabe und Rolle der Bundeswehr,
- dem Sinn und Zweck der Auslandseinsätze.

Es handelt sich um eine Eigeninitiative, die zu einer Zeit angestoßen wurde, als unsere Debatte noch nicht den Schwung hatte, den sie Gottlob in meinen Augen mittlerweile gewonnen hat. Sie wurde etwa zu Beginn des vergangenen Jahres auf den Weg gebracht, als wir uns erst an der einen oder anderen Stelle der Grundthematik etwas verschüchtert angenähert haben. Ich nehme mich da selbst nicht aus. Und nicht allein diese Initiative jener Zeit- und Berufssoldaten bezeugt, wie ernst unsere Soldaten ihre gesellschaftliche Verantwortung nehmen.

Zu dieser Verantwortung zählt auch die Fähigkeit zur kritischen Reflexion, insbesondere zur Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte.

Jüngstes Beispiel hier ist der Dialog deutscher und israelischer Soldaten aller Dienstgrade, wohlgermerkt aller Dienstgrade, der gerade an diesem 6. Juli zum fünften Mal im Rahmen des Programms „Witnesses in Uniform“ in Berlin beginnt. Hier stellen sich deutsche Soldaten im Gespräch der deutschen Vergangenheit. Und auch so stelle ich mir den „Staatsbürger in Uniform“ vor, meine Damen und Herren.

Staatsbürger in Uniform – dieses Prinzip gilt unterschiedslos vom Wehrdienenden bis zum Generalinspekteur der Bundeswehr. Es ist deshalb nachgerade grotesk zu behaupten, dieses Leitbild stehe und falle mit der Allgemeinen Wehrpflicht, um mal eine aktuelle Debatte ein wenig mit aufzufrischen – wobei die meines Erachtens nach kaum der Auffrischung bedarf.

Die Bundeswehr als eine Armee im Einsatz ist heute – zuweilen an der Grenze ihrer Belastbarkeit – in einer Vielzahl von Auslandseinsätzen gebunden, überwiegend zur Krisenbewältigung und Konfliktverhütung. Im Dienste von Recht und Freiheit sind unsere Soldaten auch im Auslandseinsatz Vorbilder.

Unsere Soldaten werden im Einsatz den ethischen wie moralischen Erwartungen in hohem Maße gerecht. Wo es vereinzelt Verstöße gibt, gehen wir dem unverzüglich und mit der gebotenen Konsequenz nach. Aber es sind vereinzelte Verstöße. Ich werte es aber als besonders posi-

tives Zeichen, dass die Truppe selbst, vom Gefreiten aufwärts, in dieser Hinsicht überaus aufmerksam und wachsam ist.

Wo auch immer die Angehörigen der Bundeswehr in der Welt auftauchen, wird der Einsatz in der Bevölkerung weithin geschätzt. Und das ist ein Umstand, meine Damen und Herren, der nicht der goldglänzenden Umrahmung des Bildes vom winkenden Brunnenbohrer geschuldet ist.

Der gute Ruf, den unsere Soldaten genießen, hängt auch und gerade mit ihrer Ausbildung und mit ihrem Selbstverständnis als Staatsbürger in Uniform zusammen.

Wertschätzung der Arbeit ist das eine, Wertschätzung des Dienstes das andere. Staat und Soldaten sind durch gegenseitige Treue miteinander verbunden, so heißt es im Soldatengesetz. Auch das ist nicht Ausdruck Guttenberg'schen Pathos', sondern so steht es im Soldatengesetz.

„Freundliches Desinteresse“, so formulierte es einmal treffend Bundespräsident Horst Köhler, ist damit unvereinbar. Auch der beste „Staatsbürger in Uniform“ vermag seinen Auftrag nicht verantwortungsvoll auszuführen, wenn er sich der gesellschaftlichen und politischen Rücken- deckung nicht sicher sein kann.

Es zählt zu den Verdiensten unseres parlamentarischen Regierungssystems, dass die Zustimmung zu den Einsätzen von einer großen Mehrheit der im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien weiterhin getragen wird. Und ich setze mich dafür ein, dass dies auch in Zukunft der Fall sein wird. Die Bindung des Dienstes im Einsatz an die Prinzipien der Inneren Führung ist dabei Garant. Aber in der Umkehrung dürfen unsere Soldaten nicht zum Jonglierball parteistategischer Taktgeber oder politischer Zyniker werden. Wir dürfen diese Debatten nicht auf dem Rücken unserer Soldaten austragen.

Meine Damen und Herren, eine dramatisch wie notorisch unterfinanzierte und dringend reformbedürftige Bundeswehr wird in den kommenden Jahren ihre Strukturen auf größere Wirksamkeit und stärkere Einsatzorientierung ausrichten müssen – nicht weil es die Kassenlage erfordert, sondern weil es den verteidigungs- und sicherheitspolitischen Realitäten geschuldet ist. Unser Land braucht dazu Streitkräfte, die modern, wie leistungsstark, wirksam und, ja, auch finanzierbar sind. Sie müssen darüber hinaus auf die gegenwärtigen Situationen reagieren können und

flexibel sein, sich neuen Herausforderungen anzupassen. Wir sprechen heute gerne und inflationär von „asymmetrischen Bedrohungen“. Diese sind bereits Realität und werden dies auch in Zukunft sein. Und gerade dafür bedarf es auch dieser Flexibilität.

Der Auslandseinsatz bewaffneter Streitkräfte erfolgt im Einklang mit dem allgemeinen Völkerrecht und gemäß den Bestimmungen unseres Grundgesetzes. Der Bundestag steht hier in der Pflicht. Parlamentsbeteiligung heißt nicht, dass sich die Mitglieder der maßgeblichen Ausschüsse zum taktischen Führer verwandeln und künftig die „rules of engagement“ im Bundestag abgestimmt werden müssen. Das heißt es nicht. Zur politischen Verantwortung gehört indes, dass wir uns gemeinsam der Frage stellen, wie wir als Gesellschaft mit den sich verändernden Einsatzrealitäten und Szenarien der Bundeswehr umgehen und was wir uns von dem Instrument Streitkräfte erwarten – gerade auch mit Blick auf den Erosionsprozess der klassischen Abgrenzung zwischen äußerer und innerer Sicherheit. Auch das ist eine Debatte, die nicht ganz neu ist.

Die Bundeswehr, meine Damen und Herren, unterliegt nach der Verfassungsordnung des Grundgesetzes den gleichen rechtsstaatlichen Bindungen wie jede andere staatliche Institution. Die parlamentarische Kontrolle über die Streitkräfte ist bei uns eher noch stärker als anderswo ausgestattet. Von daher gibt es auch keinerlei Anlass für ein besonderes Misstrauen gegenüber der Bundeswehr. Diese Erkenntnis sollte unserem Verfassungsverständnis bei Auslandseinsätzen wie bei der Frage der Verwendung der Streitkräfte im Inneren zu Grunde liegen.

Als Armee im Einsatz muss die Bundeswehr ein überaus breites Aufgabenspektrum abdecken können. Kämpfen, ja auch kämpfen ist in vielen Konfliktregionen notwendig, sonst wäre schützen, helfen und vermitteln konsequenterweise in Teilen eben nicht möglich.

Kämpfen aber kann auch Verwundung, mag auch Tod bedeuten. Dieser Einsicht, dieser bitteren Erkenntnis, müssen wir uns mit aller Klarheit stellen. Gerade mit Blick auf unseren Einsatz in Afghanistan gilt die Annahme, dass es weitere Opfer geben wird. Wir wissen: Auch der bestmögliche Schutz kann keine absolute Sicherheit garantieren.



*Die Veranstaltung fand im Berliner Grand Hotel Esplanade statt. Ein gleichnamiges Hotel stand bis zum Krieg am Potsdamer Platz. Hier trafen sich Widerstandskämpfer des 20. Juli 1944 im Vorfeld des Attentats.*

Wir tun uns schwer mit dieser Einsicht, außerordentlich schwer. Vielleicht haben wir auch zu lange die Augen verschlossen. Ich habe aber bei den jüngsten Trauerfeiern in Selsingen und in Ingolstadt gespürt, dass die Anteilnahme in unserer Gesellschaft wächst. Und ich weiß aus vielen Begegnungen, die ich mit Hinterbliebenen habe, dass in den letzten Monaten in Deutschland etwas in Bewegung gekommen ist, was jene dankbar und mich hoffnungsvoll stimmt.

Diese berührende, auch höchst emotionale Anteilnahme ist – man möge es nicht falsch verstehen – ermutigend, weil sie darauf hindeutet, dass wir gerade dabei sind, unser Verhältnis zur Bundeswehr und zu den Einsätzen zu ändern. Das geschieht manchmal in leiser Zustimmung, manchmal auch klirrend laut in der Ablehnung. Aber es ist immerhin endlich eine Diskussion in diesem Lande im Gange über Realitäten, die bereits seit Jahren bestehen, meine Damen und Herren.

Und ich weiß auch aus vielen Gesprächen: Die Menschen in Deutschland sind viel verständnisvoller und umsichtiger, als wir Politiker dies bisweilen – und ich nehme mich dabei wirklich nicht aus – unserem, manchmal wahltagaffinen Handeln zugrunde legen. Ein Politiker, der den Menschen scheinbar nach dem Munde redet und auf Zumutungen verzichtet, ist

selbst eine Zumutung. Und eine Gesellschaft, die nicht mehr bereit ist, für Perspektiven auch unbequeme Maßgaben zu akzeptieren, manche nennen dies auch Opfer zu erbringen, kann in Beliebigkeit, in Relativismus und Nihilismus versinken.

Meine Damen und Herren, schon der Begriff des Dienens mag heute Vielen als nicht mehr zeitgemäß, manchen als nahezu archaisch erscheinen. Die Notwendigkeit des Dienens ist eine Voraussetzung für soldatisches Handeln. Was dieses soldatische Dienen in unserer Zeit erfordert, genau darüber möchte ich in den nächsten Wochen und Monaten eine breite Debatte mit unserer Gesellschaft führen, nicht alleine auf Fachkreise beschränkt.

Nach meiner Überzeugung ist beispielsweise die Möglichkeit für einen jungen Menschen, einer Gesellschaft oder seinem Land zu dienen, ein Wert in sich. Es darf nur nicht sinnentleert gestaltet oder durch Realitäten ausgehöhlt sein oder bleiben.

Die Neuausrichtung der Bundeswehr, meine Damen und Herren, ist eine Aufgabe, die die gesamte Gesellschaft angeht. Wie müssen Streitkräfte aussehen, damit sie auch in der Welt von morgen einen signifikanten Beitrag zur Sicherheit, auch zu Wohlstand, garantieren können?

Auch in Zukunft müssen unsere Truppen verstehen, wofür sie eingesetzt werden, welchen Zielen ihr Einsatz folgt und welche Werte wiederum ihm zugrunde liegen. Die sicherheitspolitischen Herausforderungen sind heute de facto andere, als wir sie vor 1989/1990 noch angetroffen haben, und manche Struktur atmet noch diesen Geist. Es geht um zahlreiche grundlegende Fragen, u.a. auch solche, warum die Soldaten ihre Familien und nächsten Angehörigen monatelang zurücklassen sollen, um in fernen Ländern unter Einsatz ihres Lebens ihren Dienst zu leisten. Und es geht darum zu wissen, dass dieser Einsatz zu Hause auf angemessene Weise gewürdigt wird. Das ist ein ganz wesentlicher Punkt.

Und all dies bildet den Hintergrund, vor dem ich die anstehende Neugestaltung der Bundeswehr als Auftrag, aber auch insbesondere als Chance begreife. Als Verteidigungsminister ist es meine Verantwortung, diese Chance zu nutzen, nicht alle, aber sinnlose oder veraltete Strukturen aufzubrechen und die Bundeswehr auf neue Herausforderungen vorzubereiten.

Als ich im Oktober letzten Jahres mein Amt antrat, zeigten sich bereits recht nachdrücklich eine bemerkenswerte Zahl von Defiziten in den Strukturen der Bundeswehr genauso wie bei der zivilen und militärischen Spitzengliederung des Hauses.

Die von mir deswegen früh angewiesenen internen Analysen haben gezeigt, dass die Bundeswehr heute mit den aktuellen Einsatzverpflichtungen ihre Leistungsgrenze erreicht hat. Dass wir bereits – wie es so schön flapsig heißt – „auf Kante“ genäht sind, wenn von 252.000 Soldaten insgesamt 7.000 bis 9.000 im Einsatz sind, kann kaum Ausdruck funktionierender Strukturen sein. Die Unterfinanzierung, aber auch teils mangelhafte, veraltete Ausstattung, sind Punkte, die hier mit eine Rolle spielen.

Bisherige Strukturen, Verfahren und Prozesse entsprechen nicht mehr den Erfordernissen der Einsätze. Wir müssen deshalb die militärische und zivile Führungsorganisation verbessern und die Abläufe in der Bundeswehr von gewissen Fesseln befreien. Auch darum geht es, wenn ich von Neugestaltung der Bundeswehr spreche.

Noch einmal, meine Damen und Herren: Unser Land braucht Streitkräfte, die modern, leistungsstark, wirksam, aber eben auch finanzierbar sind. Sie müssen Antworten auf die Herausforderungen gegenwärtiger Einsätze parat halten und doch flexibel bleiben, sich neuen Anforderungen schnell anpassen zu können. Das ist die Definition künftiger Streitkräfte vor dem Hintergrund verteidigungs- und sicherheitspolitischer Notwendigkeiten. Wir müssen aber zudem mit knapperen Ressourcen zurecht kommen, auch mit Blick auf die Verantwortung, die wir insgesamt für künftige Generationen haben. Auftrag und Mittel müssen im Einklang stehen. Es geht um Einsatzorientierung, und es geht um Effizienz.

Unser Ziel ist es, dass die Bundeswehr den Anforderungen internationaler Einsatzrealität in Zukunft trotz eines geringeren Budgets gerecht wird. Und dass man dort Erstklassigkeit schafft, wo man sie tatsächlich darstellen kann. Deswegen prüfen wir derzeit – und das ist so ein hübsches Modewort geworden – ohne Tabus. Das betrifft die Strukturen und Umfänge genauso wie die Wehrform.



All das wird nicht einfach werden. Aber wir sind guten Mutes an die Arbeit gegangen. Denn wir stehen inhaltlich mit unseren Werten, aber auch in unserer Zielsetzung auf festem Grund – nicht als reflexbeladene, eine Quadratur des Kreises suchende Lord-Siegel-Bewahrer-Gemeinschaft, sondern zu Reformen entschlossen und mit der notwendigen Kreativität auch ausgestattet.

Meine Damen und Herren, wir erwarten vom Staatsbürger in Uniform auch Mut. Ähnliches darf dieser von seiner Gesellschaft und von den politischen Verantwortungsträgern erwarten, wenn es darauf ankommt, lähmendem wie letztlich auch schädlichem Verharrungsvermögen entgegen zu treten.

Wie gering erscheint all dies im Vergleich zu dem Mut, dessen die Männer und Frauen des 20. Juli bedurften, die mit ihrem Mut und mit ihrem Handeln Zeugnis abgelegt haben. In einer der dunkelsten Stunden unserer Geschichte haben sie ein helles Licht der Humanität entzündet. Sie haben durch ihr Beispiel maßgeblich auch die Rückkehr Deutschlands in die Staatengemeinschaft des Westens nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs mit ermöglicht. Sie sind in vielerlei Hinsicht Vorbilder für heute.

Hellmuth Stieff, auch er hat seinen Kampf gegen Hitler mit dem Leben bezahlt, hat die kürzeste und noch immer gültige Formel geprägt, die die Frage nach den Motiven für den 20. Juli 1944 beantwortet: „Für Deutschland!“

Ich danke Ihnen, meine Damen und Herren.

## DER REDNER

*Dr. Karl-Theodor Freiherr zu Guttenberg MdB, geboren am 5. Dezember 1971 in München; römisch-katholisch; verheiratet, zwei Kinder. Abitur. Wehrdienst bei den Gebirgsjägern in Mittenwald, Unteroffizier der Reserve. Studium der Rechts- und Politikwissenschaften, Prädikatsexamen. Leitung des Familienbetriebes in München und Berlin, berufliche Stationen in Frankfurt und New York. Geschäftsführender Gesellschafter der Guttenberg GmbH, München. Unter anderem Freier Journalist bei der Tageszeitung „DIE WELT“. Unter anderem Mitglied im Aufsichtsrat der Rhön-Klinikum AG (bis 2002). Seit Dezember 2007 Vorsitzender des CSU-Bezirks Oberfranken. November 2008 bis Februar 2009 Generalsekretär der CSU. Mitglied des Bundestages seit 2002. Februar 2009 bis Oktober 2009 Bundesminister für Wirtschaft und Technologie. Seit Oktober 2009 Bundesminister der Verteidigung.*

## ANSPRECHPARTNER IN DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG

*Christian Schleicher*

*Stellv. Leiter der Akademie der Konrad-Adenauer-Stiftung*

*Tiergartenstr. 35*

*10785 Berlin*

*Tel.: +49(0)-30-2 69 96-32 30*

*E-Mail: christian.schleicher@kas.de*